

JOHANNES GROSSMANN

Vom »christlichen Kominform« zur »geistigen Nato«. Das *Internationale Comité zur Verteidigung der Christlichen Kultur* als transnationale antikommunistische Propagandaagentur

I. Eine umstrittene Ausstellung

Am 17. Februar 1959 berichtete der *Tagesspiegel* über eine Ausstellung im Königssaal des Heidelberger Schlosses, »die ihresgleichen noch nicht gehabt hat: sie gibt einen Überblick über ›Vier Jahrzehnte Kommunismus‹ an Hand eines Anschauungsmaterials, das nur historisch und dokumentarisch belegte Nachweise und Aussagen enthält. Kein wichtiger politischer, sozialer, militärischer oder kultureller Vorgang in der Sowjetwelt vom Stillen Ozean bis zur Elbe, der nicht berücksichtigt worden wäre.«¹ Die Ausstellung, zu deren Eröffnung Begrüßungstelegramme von Bundeskanzler Konrad Adenauer, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer verlesen worden waren, wurde von ihren Initiatoren als »eine Gegendemonstration gegen die Sturzflut kommunistischer Propagandaaktivität«² angepriesen. Sie umfasste insgesamt 60 Schautafeln mit Bildmaterial, Quellenzitaten und erläuternden Kommentaren, die in zwölf Themenbereiche wie die Revolutionsperiode und den Russischen Bürgerkrieg, die »Religionsverfolgung«, die sowjetische Planwirtschaft, die »Maschinerie des Terrors«, innere Machtkämpfe und den weltweiten kommunistischen »Imperialismus« gegliedert waren. In einer ergänzenden »Sonderchau« waren Informationen über die »Entwicklung in der Sowjetzone bis heute« und das Vorgehen der ostdeutschen Machthaber gegen die Religionsgemeinschaften zusammengetragen worden.³ Verantwortlich für die Ausstellung, die durch die Auswahl des Bildmaterials und die Einseitigkeit der Darstellung durchaus Erinnerungen an die antibolschewistische Propaganda der Nationalsozialisten wachrufen konnte, zeichnete eine Organisation mit dem gleichermaßen plakativen wie schillernden Namen *Internationales Comité zur Verteidigung der Christlichen Kultur*.

Sowohl die regionale als auch die überregionale Presse berichtete ausführlich und überwiegend positiv über die propagandistische Bilderschau in Heidelberg, die als ein wichtiges Signal »in der gegenwärtigen politischen Situation, besonders im Hinblick auf die kommen-

1 Franz Eck: »Kampf mit den Waffen der Wahrheit«, in: Der Tagesspiegel vom 18. Februar 1959.

2 Vorwort von Bundesschatzminister Hermann Lindrath, in: Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR (Hg.): Vier Jahrzehnte Kommunismus. Europäische Dokumentar-Ausstellung, München 1959, S. 5 f., hier S. 6.

3 Ausführlich zu Aufbau und Inhalten der Ausstellung siehe Zentralverband Politischer Emigranten: Vier Jahrzehnte Kommunismus (Anm. 2).

de Auseinandersetzung mit der Sowjetunion auf einer Gipfelkonferenz«⁴ begrüßt wurde. Während die *Rhein-Neckar-Zeitung* unter Verweis auf die von der Ausstellung in »erschütternden Beispielen« illustrierte »teuflische Zielstrebigkeit des Kommunismus« zur Wachsamkeit und zu einer kompromisslosen Haltung in der Auseinandersetzung mit dem »Osten« aufrief,⁵ zitierte die *Badische Volkszeitung* den baden-württembergischen Landtagspräsidenten Carl Neinhaus, der die Veranstalter zu ihrer »eindringlichen Schau« beglückwünscht und eine Mobilisierung der »geistigen Waffen« gegen die kommunistische Bedrohung angemahnt hatte.⁶ Die der CDU nahestehende *Kölnische Rundschau* rundete ihren ebenso begeisterten wie unkritischen Bericht mit dem Kommentar eines Heidelberger Studenten ab, der mit seinem Eintrag ins Besucherbuch die Hoffnung geäußert habe, die Ausstellung »möge allen Anhängern des Koexistentialismus und sonstigen Hilfstruppen des Kreml« – namentlich den deutschen Oppositionsparteien – »die Augen öffnen«.⁷ Distanzierter äußerte sich der Korrespondent der *Stuttgarter Zeitung*, der einige historische »Vergroberungen und Einseitigkeiten« kritisierte und die didaktische Aufbereitung der Bilder und Texte mit dem Hinweis kommentierte, dass »der Osten eine solche Ausstellung in mancher Hinsicht propagandistisch noch geschickter aufgezogen hätte«.⁸ Mit deutlichen Worten wandte sich schließlich die *Frankfurter Rundschau* gegen die von höchster staatlicher Seite abgesegnete »antikommunistische Monstrositätenschau«, deren schockierendes Bildmaterial »nicht nur den Tatbestand einer klaren Zuwiderhandlung gegen die einschlägigen Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes« erfülle, sondern als grobe politische »Takt- und Instinktlosigkeit« außerdem »bereits zu entsprechenden Reaktionen der sowjetischen Presse geführt« habe.⁹

Tatsächlich sahen sich die Macher der als Wanderausstellung konzipierten Dokumentation, die in den darauffolgenden Wochen und Monaten auch in Essen, Kiel, Lübeck und Hildesheim gezeigt wurde und dabei nach eigenen Angaben etwa 160 000 Besucher »aller Altersklassen und Berufe« anlockte,¹⁰ nicht nur heftigen Angriffen in der *Izvestija* und der Gewerkschaftszeitung *Trud* ausgesetzt,¹¹ sondern bald auch mit einer offiziellen Protestnote konfrontiert. In einem Schreiben vom 3. März an das Auswärtige Amt bezeichnete die sowjetische Botschaft die beiderseitigen Beziehungen als »ernstlich beeinträchtigt«, da die »mit voller Billigung und unmittelbarer Unterstützung der Bundesregierung« veranstaltete Aus-

4 Gegen sowjetische Propaganda, in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 14./15. Februar 1959.

5 Das Wissen soll uns die Kraft geben!!!, in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 17. Februar 1959.

6 Aktivierung der Waffen des Geistes, in: Badische Volkszeitung vom 17. Februar 1959.

7 Kampf dem Bolschewismus, in: Kölnische Rundschau vom 22. Februar 1959.

8 Anschauungsmaterial über den Kommunismus, in: Stuttgarter Zeitung vom 17. Februar 1959.

9 Botho Kirsch: Der Kreuzzug begann im Heidelberger Schloß, in: Frankfurter Rundschau vom 27. Februar 1959. Ähnlich kritisch äußerte sich auch der sozialdemokratische Vorwärts: Der abendländische Irrtum, in: Vorwärts vom 27. Februar 1959.

10 Georg Jäschke: Organisation und Arbeitsweise des Internationalen Comités, in: Sección Española del Comité Internacional de Defensa de la Civilización Cristiana [Spanische Sektion des Internationalen Comités zur Verteidigung der Christlichen Kultur] (Hg.): Actas del II congreso del Comité Internacional de Defensa de la Civilización Cristiana [Akten des II. Kongresses des Internationalen Comités zur Verteidigung der Christlichen Kultur], Madrid 1960, S. 73–75, hier S. 74.

11 Siehe dpa-Meldung vom 18. Februar 1959, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden: PAAA), B 5/36.

stellung »das Leben des sowjetischen Volkes in grober Entstellung« zeige und der Sowjetunion »Bestrebungen zur Aggression und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder« unterstelle.¹² Nach einer Stellungnahme der Veranstalter wies Außenminister Heinrich von Brentano die Vorwürfe mit dem Argument zurück, es handle sich um eine durch die in der Bundesrepublik herrschende Meinungsfreiheit gedeckte »ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus« und keinesfalls um einen Angriff gegen die sowjetische Regierung.¹³ Trotz heftiger Angriffe in der ostdeutschen Presse¹⁴ und obwohl die sowjetische Botschaft – die sieben Beobachter zur Ausstellungseröffnung nach Essen entsandt hatte – ihren Protest unter indirekter Androhung einer Gegenausstellung »über die Greuel [sic!] des nationalsozialistischen Regimes«¹⁵ erneuerte, gaben sich sowohl die Veranstalter als auch das Auswärtige Amt unnachgiebig.

Jedoch regte sich nun auch Widerspruch in den eigenen Reihen. Alarmiert vom Vorhaben der Veranstalter, die Ausstellung zeitgleich mit den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Wien zu zeigen und deren kommunistische Organisatoren damit offen herauszufordern, machte sich Staatssekretär Franz Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) unter Hinweis auf die kritische Bewertung der Ausstellung durch einige seiner Mitarbeiter für eine »Besprechung der interessierten Ressorts« stark. Der eigentliche Beweggrund für den Einspruch war dabei wohl weniger die Ähnlichkeit »mit gewissen Ausstellungen der Zeit vor 1945«¹⁶ – zumal das BMG auch selbst nicht vor einer Zusammenarbeit mit ehemaligen Nationalsozialisten zurückscheute. Vielmehr standen hinter Thediecks Verdikt interministerielle Rivalitäten und Auseinandersetzungen über die Frage, wer im Bereich der »psychologischen Kriegsführung« mit ihrer engen Verflechtung von staatlichen und privaten Akteuren den Ton angeben sollte. Denn während das Internationale Comité zur Verteidigung der Christlichen Kultur in erster Linie vom Bundespresseamt und vom Bundesinnenministerium gefördert wurde, vertraute das BMG auf die Organisationskünste des vom ehemaligen Goebbels-Mitarbeiter Eberhard Taubert aufgebauten *Volksbundes für Frieden und Freiheit* (VFF), um sich von diesem die für notwendig erachtete, aber anrührige antikommunistische Propagandaarbeit abnehmen zu lassen.¹⁷ Die Proteste des BMG riefen

12 Übersetzung der Protestnote vom 2. März 1959, in: ebd.

13 Schreiben Jäschkes an das Auswärtige Amt vom 16. April 1959, in: ebd. Siehe auch die Stellungnahme Hermann Lindraths vom 24. März 1959, in: ebd.

14 Siehe Kriegshetzer sind gestellt!, in: Berliner Zeitung vom 3. April 1959. Der Artikel nennt fälschlicherweise den vor 1945 im Reichspropagandaministerium tätigen Eberhard Taubert als Urheber der Ausstellung.

15 So die Interpretation entsprechender Andeutungen durch die Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, das auch die neuerliche Beschwerde als haltlos zurückwies. Aufzeichnung von [Georg Ferdinand] Duckwitz vom 28. April 1959, in: ebd.

16 Schreiben Thediecks an Lindrath in dessen Funktion als Präsident des Internationalen Comités vom 24. April 1959, in: Bundesarchiv Koblenz (im Folgenden: BArch), B 136/4378.

17 Zum VFF und zu Taubert siehe Mathias Friedel: Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus, Sankt Augustin 2001; Klaus Körner: Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda. Dr. Eberhard Taubert, in: Arnold Sywottek (Hg.): Der Kalte Krieg. Vorspiel zum Frieden?, Münster 1994, S. 54–68. Zur Entwicklung des BMG im Zeichen des Kalten Krieges siehe Stefan Kreuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969, Düsseldorf 2008.

das Auswärtige Amt auf den Plan, das sowohl die Auslandsaktivitäten des VFF als auch die des Internationalen Comités mit monatlichen Beitragszahlungen unterstützte und sich daher zu einer Überprüfung der Wanderausstellung gedrängt sah. Das Urteil des zuständigen Sachbearbeiters fiel dabei wenig vorteilhaft aus: Die »vornehmlich von Emigranten organisierte Ausstellung« sei nicht ausreichend von Fachkennern geprüft und betreibe allenfalls »einseitige und darum nicht überzeugende Kritik am kommunistischen System«, weshalb sie »in der jetzigen Form nur als ein leider im wesentlichen misslungener Versuch« einer sachlichen Aufklärung angesehen werden könne.¹⁸

Während das Auswärtige Amt eine Überarbeitung der Ausstellung für unerlässlich hielt und von ihrer Verwendung als propagandistisches Gegengewicht zu den Wiener Weltjugendfestspielen abriet, schlugen sich Bundesvertriebenenminister Oberländer und Verteidigungsminister Strauß demonstrativ auf die Seite des Internationalen Comités,¹⁹ das seinerseits zum Gegenangriff übergang und dem BMG eine Zusammenarbeit mit zwielichtigen Partnern unterstellte.²⁰ Da das Außenministerium seine offenbar zunächst an die österreichische Regierung ausgesprochene Warnung vor einer Zulassung der Ausstellung wieder zurückzog, konnte diese trotz anhaltender Proteste des BMG in überarbeiteter Form und unter dem Titel »Unbesiegter Glaube« doch vom 25. Juli bis zum 15. August in Wien gezeigt werden.²¹ Ihre Propagandaaktionen gegen die ersten Weltjugendfestspiele auf westlichem Boden, zu denen neben der Ausstellung auch Gespräche mit Teilnehmern des Festivals sowie die Verteilung von in den Ostblockländern verbotener Literatur zählten, priesen die Veranstalter als vollen Erfolg: »Etwa ein Drittel der Ausstellungsbesucher, 2000 bis 3000 je Tag, waren aus den östlichen Ländern. Mancher von ihnen ist vor den dokumentarischen Tafeln still geworden.«²² Und Georg Jäschke, der als Generalsekretär der deutschen Sektion des Internationalen Comités eine baldige Übersetzung der Ausstellung in verschiedene Sprachen und ihren Einsatz für die antikommunistische Propagandaarbeit in den unterentwickelten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ankündigte, bemerkte nicht ohne einen gewissen Stolz: »Damit rückt natürlich unser Comité noch weiter in das Blickfeld der Öffentlichkeit, aber nicht nur der freien Welt,

18 Aufzeichnung [Hans-Georg] Wiecks vom 14. Mai 1959, in: PAAA, B 5/36. Die Aufzeichnung enthält eine detaillierte Analyse von Darstellungsweise und Erkenntniswert der jeweiligen Ausstellungsabschnitte.

19 Siehe die Stellungnahme Oberländers zur Eröffnungsfeier in Hildesheim vom 11. Mai 1959 sowie das Schreiben von Strauß an Lindrath vom 19. Juni 1959, in: ebd.

20 Schreiben Hermann Pünders in seiner Funktion als Präsident der deutschen Sektion des Internationalen Comités an Thedieck vom 20. Juni 1959, in: ebd. Dabei ging es namentlich um den als Ost-Spion enttarnten Wolfram von Hanstein. Zu dessen verworrenen Biografie siehe Andreas Hilger: Der Spion, der sich liebte. Wolfram von Hanstein, in: ders./Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hg.): Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (= Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2), Köln 2003, S. 397–415.

21 Rundschreiben Jäschkes an das Auswärtige Amt, das Bundesinnenministerium, das Bundesverteidigungsministerium, das Bundesvertriebenenministerium und das Bundespresseamt vom 6. August 1959, in: PAAA, B 5/36. Siehe auch die Aufzeichnung von [Rudolf] ten Haaf (Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes) vom 10. Juli 1959, sowie das Schreiben Thediecks an Pünder vom 16. Juli 1959, in: ebd.

22 Kommunistische Weltjugendfestspiele im Westen, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 149 vom 18. August 1959, S. 1512–1514, hier S. 1514. Zur Einordnung siehe Erwin Breßlein: Drushba! Freundschaft? Von der Kommunistischen Jugendinternationale zu den Weltjugendfestspielen, Frankfurt a. M. 1973, S. 107–114. Zu den Aktionen des BMG gegen die Weltjugendfestspiele 1959 siehe Creuzberger: Kampf für die Einheit (Anm. 17), S. 341–345.

sondern auch des kommunistischen Teils. Aufgrund dessen werden wir auch in Zukunft mit recht massiven Angriffen seitens Moskaus zu rechnen haben.«²³

II. Entstehung und Entwicklung des Comités bis Anfang der Sechzigerjahre

Zum Zeitpunkt der Ausstellung konnte das Internationale Comité bereits auf mehr als zehn Jahre Arbeit zurückblicken. Seine Gründung ging auf eine Initiative des französischen Kirchenhistorikers Paul Lesourd zurück, der am Pariser *Institut Catholique* lehrte und in der Zwischenkriegszeit mit der *Action Française* sympathisiert hatte. Zusammen mit dem ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Paul van Zeeland startete er vor dem Hintergrund des Griechischen Bürgerkrieges 1948 einen internationalen Aufruf gegen die Verschleppung tausender Kinder durch kommunistische Rebellen.²⁴ Das daraus hervorgegangene *Comité International de Défense de la Civilisation Chrétienne* [Internationales Comité zur Verteidigung der Christlichen Kultur] verstand sich als christliches Gegengewicht zu der von Moskau aus gesteuerten »kommunistischen und antichristlichen Internationale«. ²⁵ Über Radiosendungen, Zeitungsartikel, Traktate und Plakate wollte das Comité einerseits gezielt Eliten ansprechen und andererseits die breite Öffentlichkeit mobilisieren, um den Widerstand der westlichen Regierungen gegen den Kommunismus durch eine starke, von christlichen Grundsätzen inspirierte Bewegung zu unterstützen.²⁶ Durch den Aufbau nationaler, regionaler und lokaler Sektionen sollte das Comité zu einem »christlichen Kominform« ausgebaut werden, das die antikirchliche Propaganda und Verfolgungspolitik der kommunistischen Machthaber in Osteuropa analysieren und ihr durch eine Bündelung der wichtigsten antikommunistischen Kräfte und Organisationen entgegentreten sollte.²⁷ Tatsächlich gelang es den Initiatoren des Comités, das seinen Hauptsitz in Brüssel bezog, außer in Frankreich und Belgien weitere nationale Sektionen in Brasilien, Griechenland, Großbritannien, Kanada, den Niederlanden, Portugal, Spanien und Togo ins Leben zu rufen. Unter den Sympathisanten des Comités befanden sich in jenen Jahren so namhafte Persönlichkeiten wie der ehemalige Premierminister Henri Carton de Wiart, der stellvertretende Parlamentspräsident Pierre Harmel und der einflussreiche Senator Pierre Nothomb aus Belgien sowie Prinz

23 Schreiben Jäschkes an Pünder vom 12. August 1959, in: Historisches Archiv der Stadt Köln (im Folgenden: HASTK), Best. 1304, Nr. 697.

24 Tatsächlich wurden im Laufe des Jahres 1948 insgesamt etwa 25 000 bis 28 000 Kinder aus dem Norden Griechenlands teils mit, teils gegen den Willen ihrer Eltern von den kommunistischen Aufständischen in das sozialistische Ausland gebracht. Eine vergleichbare Zahl von Kindern wurde von den Regierungstruppen in eigens eingerichtete Lager im Süden des Landes überführt. Siehe Lars Bærentzen: *The »Paidomazoma« and the Queen's Camps*, in: ders./John O. Iatrides/Ole L. Smith (Hg.): *Studies in the History of the Greek Civil War 1945–1949*, Kopenhagen 1987, S. 127–157; Eftihia Voutira/Aigli Brouskou: *»Borrowed Children« in the Greek Civil War*, in: Catharine Panter-Brick/Malcom T. Smith (Hg.): *Abandoned Children*, Cambridge 1998, S. 92–110.

25 Informationsmappe zum Comité International de Défense de la Civilisation Chrétienne [Herbst 1949], Dokument I: Notice [Kurzdarstellung], in: Archivo del Ministerio de Asuntos Exteriores/Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Madrid (im Folgenden: AMAE Madrid), R 3035/138.

26 Siehe ebd., Dokument IV: Programme d'action [Aktionsprogramm].

27 Siehe ebd., Dokument IX: »Kominform« chrétien [christliches »Kominform«].

Xavier de Bourbon, Paul Claudel, Edmond Michelet und General Maxime Weygand aus Frankreich.²⁸ Vor allem aber unterhielt das Comité – das sein Selbstverständnis als Sprachrohr der Kurie durch die Publikation zweier eng an den päpstlichen *Osservatore Romano* angelehnter Zeitungen, *Clergé-Informations* und *Observateur Catholique*, zum Ausdruck brachte – hervorragende Kontakte in den Vatikan, wo sich insbesondere der französische Kardinal Eugène Tisserant für Lesourds ambitionierte Projekte stark machte.²⁹

Verbindungen nach Deutschland bestanden zunächst keine. Erst im Mai 1951 fand Lesourd im Büroleiter des CDU-Pressedienstes, Rudolf Junges, und im Generalsekretär des gerade gegründeten VFF, Arthur Ruppert, zwei tatkräftige Helfer für die Gründung einer deutschen Sektion des Comités. Sowohl das BMG als auch das Auswärtige Amt unterstützten die Initiative Lesourds, der im Gegenzug zusagte, den VFF – dessen volksnahe Propaganda damals noch nicht als Konkurrenz sondern als Ergänzung zum christlich-elitären Anspruch des *Comité International* gesehen wurde – mit einer vergleichbar arbeitenden französischen Organisation namens *Paix et Liberté* [Frieden und Freiheit] in Kontakt zu bringen.³⁰ Unverkennbar war in den frühen Fünfzigerjahren außerdem die ideologische und personelle Nähe des Comités zur sogenannten Abendländischen Bewegung, die sich jedoch in keiner dauerhaften Zusammenarbeit niederschlug.³¹ Unter der Präsidentschaft des ehemaligen Oberdirektors des

28 Siehe ebd., Dokument V: Comités nationaux [nationale Komitees].

29 Zur Person Tisserants siehe Hervé Gagnard (Hg.): *Le Cardinal Eugène Tisserant (1884–1972). Une grande figure de l'Église, une grande figure française* [Kardinal Eugène Tisserant (1884–1972). Ein großer Kirchenmann, ein großer Franzose], Toulouse 2003. Allgemein zur Reaktion des Vatikans auf die Anfänge des Kalten Krieges und seine Bemühungen um eine katholisch-konservative Prägung des frühen europäischen Integrationsprozesses siehe Peter C. Kent: *The Lonely Cold War of Pope Pius XII. The Roman Catholic Church and the Division of Europe, 1943–1950*, Montreal 2002; Philippe Chenaux: *Une Europe Vaticane? Entre le Plan Marshall et les Traités de Rome* [Ein vatikanisches Europa? Vom Marshall-Plan zu den Römischen Verträgen], Brüssel 1990.

30 Bericht [Ewert Freiherr] von Dellingshausens vom 4. Mai 1951, in: BArch, B 137/2607. Die Kontaktaufnahme zwischen dem VFF und Paix et Liberté mündete einige Monate später in der Konstituierung eines Comité Européen Paix et Liberté [Europäisches Komitee Friede und Freiheit], das sich ab 1957 unter dem unverbindlichen Namen eines Comité International d'Information et d'Action Sociale [Internationales Komitee für Information und Gesellschaftliche Aktion] (CIAS) präsentierte. Siehe dazu Bernard Ludwig: *La propagande anticommuniste en Allemagne fédérale. Le »VFF«, pendant allemand de »Paix et Liberté«?* [Die antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik Deutschland. Der »VFF«, deutsches Gegenstück zu »Paix et Liberté«?], in: *Vingtième siècle* n° 80 (2003), S. 33–42; ders.: *Le Comité européen et international Paix et Liberté. »Internationale« ou réseau de l'anticommunisme? (1950–1970)* [Das Comité européen et international Paix et Liberté. »Internationale« oder Netzwerk des Antikommunismus? (1950–1970)], in: *Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin* n° 20 (2004), S. 13–33, in: <http://ipr.univ-paris1.fr/spip.php?article240>, ges. am 15. Juni 2010.

31 Während die überwiegend privat finanzierte Abendländische Bewegung in den Fünfzigerjahren jedoch vor allem durch ihren antiliberalen und demokratiekritischen Diskurs von sich reden machte, warf zumindest die bald vollständig aus staatlichen Mitteln finanzierte deutsche Sektion des Comités derartigen ideologischen Ballast schon frühzeitig über Bord. Zur Abendländischen Bewegung siehe insbesondere Axel Schildt: *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideengeschichte der 50er Jahre*, München 1999, S. 21–82; Vanessa Conze: *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005, S. 127–169. Der Autor dieses Aufsatzes arbeitet derzeit an einem Promotionsprojekt, in dessen Rahmen nicht zuletzt die Verbindungs- und Trennungslinien zwischen der Abendländischen Bewegung und dem Comité genauer analysiert werden sollen.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen
Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht
angezeigt werden.

Präsident der deutschen Sektion:
Hermann Pünder (1888–1976),
Aufnahme aus dem Jahr 1948

Frankfurter Wirtschaftsrates, Hermann Pünder, avancierte die deutsche Sektion, der mit Hermann Lindrath, Friedrich Holzapfel und Friedrich Willeke drei weitere prominente Unionspolitiker angehörten, dank deren »sprichwörtliche[m] deutschen Sinn für Organisation und Ordnung« schon bald zum »Musterbeispiel für viele andere«. ³² Dies lag einerseits am rührigen Engagement des Generalsekretärs Georg Jäschke und des inzwischen zum Comité übergelaufenen Arthur Ruppert, andererseits an den rasch anwachsenden finanziellen Zuwendungen vonseiten mehrerer Bundesministerien. Das Bundespresseamt, dessen Haushalt zu einem nicht unerheblichen Teil aus dem »Reptilienfonds« des Bundeskanzlers finanziert wurde, ³³ förderte die deutsche Sektion zunächst mit beachtlichen Einzelbeträgen und ließ ihr ab 1955 einen jährlichen Festbetrag von anfänglich knapp 18 000 DM zukommen, der bis Mitte der Sechzigerjahre auf über 64 000 DM anstieg. Als besonders spendabel erwies sich das Innenministerium, das die Aktivitäten des Internationalen Comités mit jährlich 49 000 DM förderte. Seit 1957 bedachte außerdem das Auswärtige Amt die deutsche Sektion mit hohen jährlichen Zuwendungen, die sich 1962 bereits auf 64 000 DM beliefen. ³⁴

32 Hermann Pünder: Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 528 f.

33 Zur Finanzierung des Bundespresseamtes siehe Johannes J. Hoffmann: »Vorsicht und keine Indiskretionen!« Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 1949–1955, Aachen 1995, S. 134–139.

34 Genauere Aussagen über die Finanzierung des Comités sind kaum möglich, da keine vollständigen Haushaltsberichte vorliegen und entsprechende Informationen aus einer Vielzahl von Dokumenten zusammengesucht werden müssen. Die hier angegebenen Zahlen stützen sich hauptsächlich auf Dokumente aus den Beständen PAAA, B 5/4 u. B 5/37.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Das von der deutschen Sektion des Internationalen Comités 1954/55 in mehreren tausend Exemplaren verbreitete Plakat »Die schweigende Kirche«.

Im Gegenzug für die großzügige staatliche Unterstützung betrieb die deutsche Sektion, die ihre Aktivitäten durch die Gründung von Landeskanzleien, Bezirksverbänden und Betriebsgruppen innerhalb kurzer Zeit auf das gesamte Bundesgebiet ausdehnte, eine unermüdliche »staatsbürgerliche Bildungsarbeit im Sinne eines positiven Verfassungsschutzes«. Dazu zählten Schulungsveranstaltungen in Unternehmen und »internationale Aufklärung« in Form einer einseitigen Auslandspropaganda für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung, vor allem aber die Herausgabe periodischer Druckschriften.³⁵ Der seit 1954 publizierte und seit 1957 in mehrere Sprachen übersetzte Informationsdienst, der mit einer monatlichen Auflagenzahl von anfangs 200, in den Sechzigerjahren dann unter dem Titel *IC Information* mit mehr als 8000 Exemplaren erschien, enthielt Berichte über die eigene Arbeit und einseitige Hintergrundinformationen über aktuelle Entwicklungen in der DDR, die Lage in anderen Ostblock-Staaten und kommunistische Agitation in den westlichen Ländern. Der an einen ausgewählten Verteiler von potentiellen Multiplikatoren adressierte *Rundbrief* setzte sich auf jeweils vier Halbbältern mit der kommunistischen Propaganda zu bestimmten politischen und gesellschaftlichen Themen auseinander und erreichte in den Sechzigerjahren eine wöchentliche Auflagenzahl von etwa 7500 Stück. Gezielt gegen eine befürchtete Infiltration der

35 Geschäftsbericht der deutschen Sektion für die Zeit vom 1. Januar 1954 bis zum Oktober 1957, in: BArch, B 136/4376. Zu den nachstehend genannten Auflagenzahlen siehe außerdem den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1962, in: ebd.

westdeutschen Wirtschaft richtete sich die für Arbeiter, Gewerkschaftler und Unternehmer bestimmte »Betriebszeitungs-Korrespondenz« *Das Stichwort*, von der alle zwei Wochen je etwa 10 000 Exemplare an ausgewählte Großbetriebe versandt wurden.³⁶ Nach dem VFF, der durch seine äußerst enge Zusammenarbeit mit dem BMG über einen wesentlich größeren finanziellen Handlungsspielraum verfügte, war die deutsche Sektion des Internationalen Comités damit die wohl bedeutendste international agierende antikommunistische Propagandaagentur in der Bundesrepublik.

Die geplante Ausweitung und Intensivierung der internationalen Aktivitäten war freilich schon kurz nach der Gründung der deutschen Sektion ins Stocken geraten. Van Zeeland schenkte dem Comité seit seiner Ernennung zum belgischen Außenminister kaum mehr Aufmerksamkeit. Auch Lesourds anfänglicher Arbeitseifer war in dem Maße verflogen, wie der christliche Impetus des Unternehmens zunächst seinen ursprünglich rein katholischen Anstrich durch die Dominanz der überkonfessionell agierenden deutschen Sektion verloren hatte und schließlich immer stärker den organisatorischen Zwängen einer erfolgreichen antikommunistischen Propagandaarbeit untergeordnet worden war. Treffen auf internationaler Ebene fanden praktisch nicht mehr statt, sodass der Name des Comités Mitte der Fünfzigerjahre eher für eine lose Interessensgemeinschaft denn für ein gemeinsames Aktionsprogramm zu stehen schien. Mit tatkräftiger Unterstützung der Pariser Botschaft nahm die deutsche Sektion deshalb im Februar 1957 Kontakt zu einigen Politikern aus dem Umfeld des früheren französischen Ministerpräsidenten Antoine Pinay auf, um Möglichkeiten für eine »Aktivierung der internationalen Zusammenarbeit« zu sondieren.³⁷ Der liberalkonservative und für seine antikommunistischen Überzeugungen bekannte Pinay, der im Comité ein nützliches Instrument zur Verfolgung seiner innen- und außenpolitischen Interessen erkannte, veranlasste eine faktische Neugründung der französischen Sektion unter völliger Außerachtlassung Lesourds.³⁸ Wenngleich sich Pinays ursprünglich gehegte Ambitionen auf das Amt des internationalen Präsidenten durch den Regimewechsel in Frankreich und seine Ernennung zu de Gaulles Finanzminister zerschlugen und mit Hermann Lindrath schließlich ein Deutscher an die Spitze des Comités gewählt wurde, waren damit die Voraussetzungen für eine größere internationale Breitenwirkung geschaffen.

Über den Arbeitsattaché der spanischen Botschaft in Paris trat die neue französische Sektion an den Chef der spanischen Syndikate und frisch ernannten Generalsekretär der fran-

36 Zu den Inhalten der Druckschriften siehe das Informationsblatt zur publizistischen Tätigkeit des Internationalen Comités, in: HASTK, Best. 1304, Nr. 697.

37 Schreiben Junges' an [Josef] Jansen (Gesandter an der deutschen Botschaft in Paris) vom 6. Februar 1957, in: PAAA, B 5/4. Rudolf Junges arbeitete nach seiner Tätigkeit für den Pressedienst der CDU zunächst als Presseattaché an der deutschen Botschaft in Madrid, seit 1956 schließlich in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, wo er sich immer wieder gezielt für die Belange des Internationalen Comités einsetzte. Einen ähnlichen Spagat zwischen beruflichen Pflichten und persönlichen Neigungen vollbrachte auch Waldemar Wünsche vom Bundespresseamt, der sich gleichzeitig im evangelischen Arbeitskreis der deutschen Sektion engagierte. Ihr Verhalten, in dem offenbar niemand etwas Anstößiges erkennen mochte, kann als typisch für die politische Kultur der Adenauer-Ära mit ihrer engen und geradezu symbiotischen Verflechtung von staatlichen und privaten Interessen gelten.

38 Siehe den Bericht von Ruppert und Jäschke vom 21. März 1957 über entsprechende Sondierungen in Paris, in: ebd.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Eröffnungssitzung des II. Kongresses des Internationalen Comités am 25. Januar 1960 in Madrid.
V. r. n. l.: Hermann Pünder, Antoine Pinay (stehend), José Solís Ruiz, Hans-Joachim von Merkatz, August Rei.

quistischen Einheitspartei José Solís Ruiz heran,³⁹ der von Kennern des Regimes als möglicher Nachfolger Francos gehandelt wurde. Solís Ruiz nutzte die Gelegenheit, um sich innerhalb des Franco-Regimes – das sich seit Anfang der Fünfzigerjahre schrittweise aus seiner Nachkriegsisolation befreit hatte – als Außen- und Europapolitiker zu profilieren und stellte die Gründung einer spanischen Sektion unter seiner Führung in Aussicht. Als Ansprechpartner des Comités in Italien empfahl sich die von einflussreichen kirchlichen und gesellschaftlichen Kräften getragene *Pro Deo*-Bewegung, mit deren Hilfe schließlich eine repräsentative italienische Sektion um den ehemaligen Außenminister Gaetano Martino und den späteren EWG-Kommissar Eduardo Martino ins Leben gerufen wurde.⁴⁰ Weitere nationale Sektionen entstanden in Österreich unter dem Vorsitz des damaligen Nationalratspräsidenten Felix Hurdes⁴¹ und in Schweden, wo sich der konservative Abgeordnete Karl Wistrand und der nach Stockholm emigrierte estnische Diplomat und Politiker August Rei auf die Gründung einer skandinavischen Sektion verständigten, die auch Norwegen, Dänemark und die bal-

39 Siehe Ramón Baeza Sanjuán: *Agregados laborales y acción exterior de la Organización Sindical Española. Un conato de diplomacia paralela (1950–1961)* [Arbeitsattachés und Auslandsaktivitäten der Spanischen Syndikatsorganisation. Ansätze zum Aufbau einer Paralleldiplomatie (1950–1961)], Madrid 2000, S. 142–147.

40 Siehe das Schreiben Rupperts an das Auswärtige Amt vom 23. September 1959, in: PAAA, B 5/4.

41 Siehe das Schreiben von Ruppert und Jäschke an das Auswärtige Amt vom 22. Mai 1958, in: ebd.

tischen Länder vertreten sollte.⁴² Außerdem erneuerte das Comité seine Verbindungen nach Belgien sowie in die Schweiz und knüpfte zusätzliche Kontakte in die Niederlande und nach Griechenland. Ein öffentlichkeitswirksam inszenierter Kongress, zu dem die neue spanische Sektion vom 25. bis 27. Januar 1960 nach Madrid geladen hatte, unterstrich den erheblichen politischen Bedeutungsgewinn des Internationalen Comités und markierte den vorläufigen Abschluss seiner europaweiten Expansion.⁴³

III. Der Wandel der internationalen Kommunikationsstrukturen und der Niedergang des Comités

Der plötzliche internationale Aktionismus des Comités entsprang jedoch nicht nur persönlichen Erwägungen der beteiligten Politiker. Vielmehr folgte die neue organisatorische Ausrichtung einem einschneidenden Wandel des kommunikativen Gefüges innerhalb der westlichen Welt, der von einem tief greifenden sozio-politischen Umbruch begleitet wurde und sich seit Mitte der Fünfzigerjahre zusehends beschleunigte. Besonders augenscheinlich war der *Wandel im Bereich der strategischen Prämissen*. Der Ost-West-Konflikt trat mit dem Tod Stalins in eine neue Phase ein. Die innen- und außenpolitisch zunächst nur wenig gefestigte, neue sowjetische Führung setzte nicht mehr auf die offene Konfrontation mit dem Westen, sondern – wie die Ereignisse vom 17. Juni 1953 und vom Herbst 1956 zeigen sollten – auf eine Sicherung ihrer Macht und eine Konsolidierung ihrer Einflussphären in Europa. Die Politik der »friedlichen Koexistenz«, die sich 1955 in der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages, der Genfer Gipfelkonferenz und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR niederschlug, bedeutete jedoch nur einen Verzicht auf militärische Optionen zur Erweiterung des kommunistischen Machtbereiches. Die ideologische Auseinandersetzung mit dem Westen sollte hingegen unvermindert fortgeführt und dabei der neuen weltpolitischen Lage angepasst werden, wodurch die Staaten der »Dritten Welt« und die verbliebenen Kolonien verstärkt in den Fokus der kommunistischen Propaganda rückten. Die neue sowjetische Taktik war damit flexibler, aber auch unberechenbarer. So führte Chrusčëv die Welt mit seinen wage- und wankelmütigen Schachzügen zwischen 1958 und 1962 gleich mehrmals an den Rand eines Atomkrieges. Die veränderten geostrategischen Prämissen wurden von einem *Wandel der politischen Kommunikations- und Ausdrucksformen* begleitet, der in einer Multilateralisierung internationaler Diskurse, einem Bedeutungsgewinn transnationaler Akteure, der Nutzung neuer technischer Möglichkeiten sowie der zunehmenden Entpersonalisierung und Entformalisierung internationaler Kontakte zum Ausdruck kam. Gleichzeitig *wandelten sich auch die gesellschaftlichen Grundlagen* nationaler und internationaler Politik, indem die Auflösung traditioneller sozialer Milieus, Wertewandel und zunehmende Säkularisierung, bessere Mobilität, steigender Lebensstandard, höhere Bildungschancen und wachsendes zivilgesellschaftliches Engagement zu einer grenzüberschreitenden Angleichung vormals national bestimmter Gesellschaftsordnungen beitrugen.

42 Siehe das Schreiben Jäschkes an das Auswärtige Amt vom 18. Dezember 1958, in: ebd.

43 Zum Madrider Kongress siehe Sección Española: Actas del II congreso (Anm. 10).

Der hier skizzierte Wandel der internationalen Kommunikationsstrukturen, die Enttarnung und das sich abzeichnende atomare Patt zwischen den beiden Supermächten gingen auch und gerade am Antikommunismus als grundlegendem Bestandteil des bundesrepublikanischen Selbstverständnisses und bedeutender Triebfeder des europäischen und transatlantischen Integrationsprozesses nicht spurlos vorüber. Die Hoffnungen auf einen Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft nach Stalins Tod zerschlugen sich rasch, und die Option einer offensiven Befreiungspolitik sowohl unter militärischen als auch unter moralischen Gesichtspunkten schied aus. Folglich waren selbst Propagandaagenturen wie das Internationale Comité oder der VFF in zunehmendem Maße gezwungen, sich inhaltlich und argumentativ mit der marxistischen Ideologie auseinanderzusetzen und ihre rigorose Verdammung des Kommunismus durch ein klares Bekenntnis zu westlichen Werten und demokratischen Überzeugungen zu untermauern.⁴⁴ Mit der Neubelebung seiner internationalen Aktivitäten und der Forderung nach einer »Aktionseinheit der freien Welt« zur Schaffung einer »geistigen Nato« zielte das Internationale Comité genau in diese Richtung.⁴⁵ Eine effektive »psychologische Kriegsführung« – so die in jenen Jahren allgegenwärtige schlagwortartige Formulierung – konnte sich nicht mehr auf die religiöse Metaphorik und die dumpfe Bürgerkriegs-Mentalität beschränken, die den Antikommunismus des ersten Nachkriegsjahrzehnts mit seinem noch stark von konservativen und autoritären Vorstellungen durchdrungenen Gesellschaftsbild und seinen unverkennbaren Kontinuitäten zur nationalsozialistischen Propaganda gekennzeichnet hatte. Vielmehr musste die Propaganda gegen den Kommunismus nun zwangsläufig auch die Werbung für das pluralistische und liberale Gesellschaftsmodell der westlichen Demokratien mit einschließen. Den Protagonisten des Comité wurde diese Notwendigkeit durch die eingangs geschilderte, zeitgenössische Kritik an der noch stark an alten Denkmustern und Vorbildern orientierten Ausstellung »Vier Jahrzehnte Kommunismus« in aller Deutlichkeit vor Augen geführt. »Psychologische Kriegsführung« bedeutete aber auch die Nutzung moderner Kommunikationsmittel und -formen. So verloren beispielsweise Ausstellungen, Plakate und Traktate an Bedeutung zugunsten von Dokumentarfilmen, fundierten Analysen und wissenschaftlichen Tagungen.

Vor allem aber verlangte eine erfolgreiche »psychologische Kriegsführung« nach einer angemessenen internationalen Strategie, um der als einheitlich empfundenen kommunistischen Propaganda geschlossen entgegentreten und den Angriffen auf die westlichen Bastionen in der »Dritten Welt« erfolgreich widerstehen zu können.⁴⁶ Auch das Internationale

44 Siehe hierzu und zum Folgenden – mit Blick auf den VFF – auch Bernard Ludwig: *De l'anticommunisme au débat politique et intellectuel avec le communisme* [Vom Antikommunismus zur politischen und geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus], in: Jean-Paul Cahn/Ulrich Pfeil (Hg.): *Allemagne 1961–1974. De la construction du Mur à l'Ostpolitik* [Deutschland 1961–1974. Vom Mauerbau zur Ostpolitik], Villeneuve d'Ascq 2009, S. 171–186.

45 So Lindrath in seiner vor den Teilnehmern des zweiten internationalen Kongresses verlesenen Ansprache, abgedruckt in: *Sección Española: Actas del II congreso* (Anm. 10), S. 21–24, hier S. 24.

46 Über die Notwendigkeit einer »psychologischen Kriegsführung« war spätestens seit 1953 sowohl in der Bundesrepublik, als auch auf NATO-Ebene diskutiert worden. Eine Konkretisierung dieses recht vagen und oft nur unreflektiert verwendeten Begriffes, der in erster Linie auf die Stärkung der Abwehrbereitschaft in den eigenen Reihen und die Schwächung des gegnerischen Wehrwillens abzielte, ließ jedoch bis

Comité begann sich daher Anfang der Sechzigerjahre zunehmend für die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Afrika und Lateinamerika zu interessieren. So unterstützte die deutsche Sektion 1961 den Wahlkampf der gemäßigt konservativen Demokratischen Partei Ugandas unter ihrem Führer Benedicto Kiwanuka, der zehn mit Lautsprecheranlagen ausgerüstete PKWs gestellt bekam und zwei seiner Mitarbeiter zu einer dreiwöchigen Schulung in die Bundesrepublik schicken konnte.⁴⁷ Das Auswärtige Amt finanzierte die Wahlhilfe, die nach dem Sieg Kiwanukas von der Opposition als sichtbares Zeichen »imperialistischer Einmischung« verurteilt wurde,⁴⁸ mit einer einmaligen Sonderzahlung von 62 600 DM.⁴⁹

Zum Schwerpunkt seiner außereuropäischen Arbeit bestimmte das Comité jedoch Lateinamerika. Eine zweimonatige Informationsreise von vier deutschen Rednern Ende 1961 durch mehrere lateinamerikanische Länder erweckte zwar noch eher den Eindruck eines Abenteuerurlaubes als den einer gut durchdachten und auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung abgestimmten Propagandaarbeit.⁵⁰ Doch schon bald berichtete das Internationale Comité, das wiederum mit der tatkräftigen Unterstützung des mittlerweile zum Legationsrat der Botschaft in Montevideo ernannten Rudolf Junges rechnen konnte, über eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Bolivien, Venezuela, Peru und Uruguay. Nach den Vorstellungen ihrer deutschen Initiatoren – die sich dabei in vollem Einverständnis mit der Bundesregierung wähten – sollten sich die im Entstehen begriffenen lateinamerikanischen Sektionen des Comité nicht nur gegen die »kommunistische Infiltrationstätigkeit« in ihren Ländern zur Wehr setzen, sondern gleichzeitig »auch im Sinne unseres deutschen Anliegens tätig sein«.⁵¹

Ende der Fünfzigerjahre auf sich warten. Neben Propagandaagenturen wie dem VFF und dem Comité bemühte sich vor allem der damalige Bundesverteidigungsminister Strauß um die Einrichtung einer entsprechenden Abteilung in der Bundeswehr und eine Koordinierung der antikommunistischen Propagandaarbeit unter den NATO-Partnern. Zur Begrifflichkeit und institutionellen Etablierung der »psychologischen Kriegsführung« in der Bundesrepublik siehe aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive Dirk Drews: Die Psychologische Kampfführung/Psychologische Verteidigung der Bundeswehr. Eine erziehungswissenschaftliche und publizistikwissenschaftliche Untersuchung, Univ.-Diss., Mainz 2006, S. 85–120, in: <http://ubm.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2006/981/pdf/diss.pdf>, ges. am 15. Juni 2010.

47 Zum Verlauf der Schulung siehe das Schreiben Jäschkes an das Auswärtige Amt vom 7. März 1961, in: PAAA, B 4/10.

48 Kalonges Haß auf die Deutschen, in: Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung vom 25. April 1961.

49 Kostenaufstellung vom 4. Mai 1961, in: PAAA, B 4/10.

50 Siehe den Abschlussbericht über die »Aufklärungsaktion« vom 12. Oktober bis zum 13. Dezember 1961, in: PAAA, B 5/37.

51 Bericht Jäschkes über die »Aufklärungsarbeit« in Lateinamerika [vom Herbst 1962], in: PAAA, B 12/383e. Jäschke nahm damit auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Bezug, der durch das offensive Werben der DDR in den Ländern der »Dritten Welt« um diplomatische Anerkennung seit Beginn der Sechzigerjahre zunehmend infrage gestellt wurde. Die Schwerpunkte der ostdeutschen »Anerkennungsoffensive« lagen freilich eher im Nahen Osten, in Afrika sowie in Süd- und Südostasien, während Lateinamerika lediglich als »Nebenschauplatz« gelten konnte. Siehe hierzu Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, insbesondere S. 276–300.

Die vermeintlichen Erfolge in der Auslandsarbeit konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Comité Anfang der Sechzigerjahre in eine ernsthafte Führungskrise geraten war, die den angestrebten Umbau zu einem schlagkräftigen und den neuen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsenen Instrument der psychologischen Kriegsführung grundsätzlich infrage stellte. Denn der unerwartete Tod des internationalen Präsidenten Lindrath im Februar 1960 – nur wenige Wochen nach dem so erfolgreichen Kongress von Madrid – wog umso schwerer, als der eigentlich zu seinem Nachfolger erkorene Pinay nach seinem Ausscheiden aus der französischen Regierung und dem Gang seiner Partei in die Opposition um das politische Überleben kämpfte und sich daher aus der aktiven Mitarbeit im Comité zurückzog.⁵² Den Vorsitz übernahm schließlich Solís Ruiz, der sich aber von seinem Engagement im Comité in erster Linie einen außenpolitischen Prestigegewinn und eine höhere Akzeptanz des Franco-Regimes in Westeuropa erhoffte. Darüber hinaus drohte die deutsche Sektion, die nach wie vor den überwiegenden Teil der internationalen Aktivitäten finanzierte, durch Sparzwänge und einen immer deutlicher spürbaren Umschwung des politischen Klimas nun auch noch ihren finanziellen und moralischen Rückhalt in der Bundesregierung zu verlieren. So konstatierte das Auswärtige Amt im Herbst 1964 nach einer Umfrage bei 21 deutschen Auslandsvertretungen, »daß die Auslandstätigkeit des ICVCK [Internationales Comité zur Verteidigung der Christlichen Kultur] nicht den behaupteten Umfang hat«. Der angebliche Leiter einer paraguayischen Sektion weilte demzufolge schon »seit Jahren in Paris«. Eine als Ansprechpartnerin des Comité in Großbritannien genannte konservative Unterhausabgeordnete konnte sich nicht an dessen Namen erinnern. Der Präsident der seit Ende 1960 aufgebauten US-amerikanischen Sektion, General Charles A. Willoughby, wurde als ein zwar »ehrenwerter Mann geschildert, der jedoch in bedenkliche Nähe von rechtsradikalen Organisationen geraten sei«. Und aus Spanien wurde gemeldet, dass der »anfängliche Enthusiasmus« für das Internationale Comité dort inzwischen »stark abgeklungen« sei.⁵³ Das BMG wiederum interpretierte den Vertrauensverlust des Comité beim Auswärtigen Amt sogleich als willkommene Gelegenheit, einen Dauerrivalen des von ihm geförderten Volksbundes für Frieden und Freiheit im Streit um finanzielle Zuwendungen und die Vormachtstellung auf dem Gebiet der »psychologischen Kriegsführung« auszuschalten.⁵⁴

Im Außenministerium wurde nun offen über eine Streichung der Förderung diskutiert. Der deutschen Sektion wollte man »unter Hinweis auf die festgestellten Mängel seiner Arbeit klar [...] machen, dass es seine Tätigkeit auf eine völlig neue Basis stellen muss«, um weiterhin vom Auswärtigen Amt gefördert zu werden.⁵⁵ »Aus Haushaltsgründen« musste gegen Ende der Legislaturperiode auch das Bundespresseamt seine Beitragszahlungen kürzen – und Pünder dazu raten, sich künftig »zusätzliche Mittel für die Arbeit des Comité aus der Indus-

52 Protokoll über die außerordentliche Präsidialsitzung des Internationalen Comité vom 12. bis 13. Juni 1961 in Bonn, in: HASTK, Best. 1304, Nr. 702.

53 Aufzeichnung [Hans] Waiblingers für die Inlandsabteilung des Auswärtigen Amtes vom 14. Oktober 1964, in: PAAA, B 5/37.

54 Entwurf eines Vermerks über das Internationale Comité vom 16. Dezember 1964, in: BArch, B 137/5986.

55 Aufzeichnung Waiblingers vom 8. Januar 1965, in: PAAA, B 5/37.

trie zu beschaffen, die an dieser Arbeit dringend interessiert sein sollte.«⁵⁶ Mit dem Amtsantritt der Großen Koalition im Dezember 1966 wurde die bisherige Praxis der staatlichen Zusammenarbeit mit privaten Organisationen grundsätzlich infrage gestellt. Bereits im Januar 1967 ließ der neue sozialdemokratische Außenminister Willy Brandt die Beitragszahlungen an das Internationale Comité »aus haushaltlichen und sachlichen Gründen« einstellen.⁵⁷ Das Bundespresseamt blieb zwar in der Hand der Christdemokraten, musste aber als von der SPD argwöhnisch beäugtes Relikt der Adenauer'schen Informationspolitik so starke Etatkürzungen hinnehmen, dass an eine anhaltende Förderung des Comité's bald nicht mehr zu denken war.⁵⁸ Hatte die ursprüngliche Stärke der deutschen Sektion in ihrer finanziellen Unterstützung durch die Bundesregierung gelegen, sollte ihr die dadurch entstandene Abhängigkeit nun zum Verhängnis werden. Die Herausgabe des Informationsdienstes und des *Rundbriefs* wurde gestoppt, und lediglich das *Stichwort* konnte noch bis 1969 weiter gedruckt werden. Ende 1968 wurde das Comité lediglich noch vom unionsgeführten Innenministerium protegiert, das den Leitern der deutschen Sektion jedoch angesichts von Aufspaltungstendenzen, zunehmenden Streitigkeiten und einer deutlichen Überalterung eine Koordinierung mit dem ebenfalls von massiven Einsparungen betroffenen VFF ans Herz legen wollte.⁵⁹ Nach den Wahlen vom September 1969 und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die sozialliberale Koalition versiegte auch diese letzte finanzielle Quelle. Im Juli 1970 schrieb der nach dem Tod Jäschkes zum internationalen Generalsekretär des Comité's ernannte Heinz Gehle an den Sekretär der spanischen Sektion: »In der Bundesrepublik Deutschland befürchte ich, dass durch eine Politik voller Illusionen der gegenwärtigen Regierung dem Kommunismus wichtige Positionen eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Arbeit der Deutschen Sektion e.V. unmöglich gemacht worden. Deshalb hat sie sich am 26.3.1970 aufgelöst.«⁶⁰

56 Schreiben von Staatssekretär [Karl-Günther] von Hase an [Ludger] Westrick (Chef des Bundeskanzleramtes) vom 6. Juli 1966, in: BArch, B 136/4376. Tatsächlich hatte sich das Comité bereits seit Ende 1961 um zusätzliche Gelder von privaten Spendern bemüht, die der nach vermeintlicher Offenlegung seiner nationalsozialistischen Vergangenheit durch die DDR-Justiz aus der Bundesregierung geschiedene Theodor Oberländer als neuer Leiter des Förderkreises und Schatzmeister der deutschen Sektion in Aussicht gestellt hatte. Oberländers Engagement verlief allerdings nicht nur in finanzieller Hinsicht enttäuschend, sondern erwies sich darüber hinaus als zunehmende Belastung für die moralische Integrität des Comité's. Zur öffentlichen Kontroverse um die Person Oberländers siehe Philipp-Christian Wachs: *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt a. M. 2000.

57 Schreiben [Georg] Negwers an die deutsche Sektion vom 9. Januar 1967, in: PAAA, B 5/37.

58 Siehe das Schreiben des Bundespresseamtes an Ministerialdirektor Werner Krueger (Bundeskanzleramt) vom 17. Mai 1967. Auch das Verhältnis des VFF zum BMG hatte sich mit der Übernahme des Ministeriums durch den Sozialdemokraten Herbert Wehner merklich abgekühlt. Anders als dem Comité gelang dem Volksbund jedoch der Wandel hin zu einer überparteilichen politischen Bildungseinrichtung, der nach dem Regierungswechsel 1969 mit der Umbenennung in Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft auch formell besiegelt wurde. Zum Politikwechsel des BMG unter Wehner und seiner Rolle als Impulsgeber für die »Neue Ostpolitik« siehe Creuzberger: *Kampf für die Einheit* (Anm. 17), S. 382–429.

59 Vermerk Grünewalds (Bundeskanzleramt) vom 7. November 1968, in: BArch, B 136/4376.

60 Schreiben Heinz Gehles an Clemente Cerdá Gómez vom 11. Juli 1970, in: HASTK, Best. 1304, Nr. 698.

